Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

über die Sicherstellung der Kreisgrenze überschreitenden Verkehrsleistungen im Linienverkehr

Zwischen dem Rhein-Erft-Kreis (im Folgenden: REK) und dem Rhein-Kreis Neuss (im Folgenden: RKN) wird gemäß §§ 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV.NRW S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.01.2018 (GV.NRW S. 90) folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen:

Päambel

Auf den Linien 971 und 975 (siehe Anlage) werden Verkehrsleistungen auf durchgehenden Linien betrieben, die sowohl auf dem Gebiet des RKN als auch des REK verkehren.

Die Vertragspartner sind sich einig, dass es wegen der bestehenden Verknüpfungen betrieblich und wirtschaftlich sinnvoll ist, die Verkehre auch weiterhin durchgehend zu betreiben.

Zu diesem Zweck kommen die Kreise darin überein, dass die Linien 971 und 975 dem REK zugeordnet werden und dieser für diese Linien einen Betreiber auswählt, wenn die Verkehre gemeinwirtschaftlich i.S.d. Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vom 23. Oktober 2007 vergeben werden.

Der RKN stimmt zu, dass der REK die Bedienung der ausbrechenden Linien 971 und 975 sicherstellt und nach Maßgabe der folgenden Vereinbarung einen Betreiber für die die Kreisgrenze überschreitenden Verkehre der genannten Linien 971 und 975 auswählt.

§ 1 Zusammenarbeit und Kompetenzübertragung

- (1) Der RKN überträgt bzgl. der Linien 971 und 975 dem REK sämtliche Aufgaben und Befugnisse, die ihm als zuständige Behörde nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) zustehen. Diese Vereinbarung ist eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung im Sinne von § 23 Abs. 1 Var. 1, Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) und dient ausschließlich der gemeinsamen Verfolgung öffentlicher Interessen in Umsetzung der in den Nahverkehrsplänen der Vertragspartner festgelegten Ziele.

- (2) Der RKN überträgt die Interventionsbefugnis zur Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages einschließlich der damit verbundenen Finanzierungsverantwortung hinsichtlich der auf seinem Gebiet verlaufenden Linien 971 und 975 auf den REK in dessen alleinige Zuständigkeit. Dies beinhaltet insbesondere:
 - Das Recht zur Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen nach Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

- Das Recht zur Vorbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren gleich welcher Art zur Erteilung öffentlicher Dienstleistungsaufträge nach Art. 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 und §§ 8a, 8b Personenbeförderungsgesetz (PBefG) einschließlich sämtlicher damit verbundener Maßnahmen, wie insbesondere der Veröffentlichung von Vorabbekanntmachungen nach § 8a Abs. 2 PBefG und gerichtlicher Auseinandersetzungen bzw. Nachprüfungsverfahren.
 - Die Befugnis zur Gewährung von Ausgleichsleistungen und Ausschließlichkeitsrechten nach Art. 3 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, wobei die Befugnis zur Gewährung von Ausschließlichkeitsrechten zum Schutz der jeweils übernommenen Linien 971 und 975 auf ein erforderliches und verhältnismäßiges Maß beschränkt ist. Die Befugnis zur Gewährung von Ausschließlichkeitsrechten ist so zu gestalten, dass dem RKN die Sicherstellung des in seinem Aufgabenbereich verbliebenen Verkehrs uneingeschränkt möglich ist.
- (3) Der REK ist verpflichtet, die Verkehrsbedienung im öffentlichen Personennahverkehr auf den gebietsübergreifenden Linien 971 und 975 sicherzustellen. Hierfür schließt der REK im eigenen Namen die notwendigen Verträge mit dem in ihrem Verfahren ausgewählten Betreiber ab. Der Vollzug der Verträge liegt im alleinigen Verantwortungsbereich des REK. Der an den Betreiber zu vergebende Vertrag sieht keine Zahlungsansprüche gegen den RKN vor.
- (4) Die Ausgestaltung des Verkehrsangebotes (insbesondere hinsichtlich Fahrplan und Bedienungsstandards) wird zwischen dem REK, dem RKN und der kreisangehörigen Gemeinde Rommerskirchen bzw. der kreisangehörigen Stadt Grevenbroich abgestimmt. Der REK wird dafür Sorge tragen, dass der jeweilige öffentliche Dienstleistungsauftrag entsprechende Regelungen zur Umsetzung dieser abgestimmten Fortentwicklungen vorsieht.
- (5) Beide Vertragspartner verpflichten sich, ihre Aufgaben und Befugnisse in wechselseitiger Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen des jeweils anderen Vertragspartners auszuüben. Dies beinhaltet insbesondere, dass Änderungen durch den REK auf den gebietsübergreifenden Linien 971 und 975 gegenüber dem bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung geltenden Standards frühzeitig anzuzeigen sind und nur im Einvernehmen mit dem RKN umzusetzen sind.

§ 2 Finanzierung

- (1) Mit Übergabe der Interventionsbefugnis zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge geht auch die entsprechende Finanzierungsverantwortung bzgl. der gebietsübergreifenden Linien 971 und 975 auf den REK über. Es werden zwischen den Kreisen daher keine Ausgleichszahlungen vereinbart. Der REK übernimmt die eigenen Kosten sowie die Kosten von Verfahren, insbesondere von Vergabeverfahren, Genehmigungsverfahren und gerichtlichen Verfahren bzw. Nachprüfungsverfahren.
- (2) Ausgleichszahlungen zwischen dem REK und den beiden Zielkommunen im RKN (Gemeinde Rommerskirchen bzw. Stadt Grevenbroich) können mit gesonderten Vereinbarungen abgeschlossen werden.

- (3) Fahrgeldsurrogate (z.B. gemäß §§ 11a und 11 Abs. 2 ÖPNVG und SozialTicket-Ausgleichsleistungen) beantragt das beauftragte Verkehrsunternehmen direkt über den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, soweit Leistungen im RKN betroffen sind. Soweit Leistungen im REK betroffen sind, werden die entsprechenden Fahrgeldsurrogate dort beantragt.
- (4) Die Vertragspartner gehen davon aus, dass die vorstehenden Regelungen in Verbindung mit der langjährig bewährten Praxis der wechselseitigen Verkehrsorganisation bei gebietsübergreifenden Verkehren insgesamt einen angemessenen Ausgleich zwischen den Vertragspartnern für die mit der Übernahme entstehenden Kosten i.S.d. § 23 Abs. 4 GkG NRW darstellen. Dies ergibt sich einerseits aus der zwischen den Vertragsparteien abgestimmten Bedienung der Linien 971 und 975 und andererseits aus Gründen der Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge.

§ 3 Inkrafttreten

- (1) Der RKN beauftragt und bevollmächtigt den REK, in seinen Namen die Genehmigung der vorliegenden Vereinbarung bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen.
- (2) Die Vereinbarung tritt gem. § 24 Abs. 4 GkG NRW nach der amtlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (3) Diese Vereinbarung ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (4) Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt. Diese Vereinbarung ist erstmalig ordentlich mit einer Frist von 18 Monaten mit Ablauf des öffentlichen Dienstleistungsauftrags schriftlich kündbar. Danach sind die Parteien berechtigt, die Vereinbarung mit einer Frist von 18 Monaten zum Fahrplanwechsel im Dezember des Folgejahres schriftlich zu kündigen.
- (5) Die Kündigung der Vereinbarung ist von dem kündigen Vertragspartner der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Die Wirksamkeit der Kündigung richtet sich nach § 24 Abs. 5 GkG NRW.

§ 4 Schlussbestimmungen

- (1) Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Jede Änderung und Ergänzung, einschließlich dieser Bestimmung, bedarf der Schriftform.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrages hiervon nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung tritt eine Regelung, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung so nahe wie möglich kommt. Gleiches gilt für den Fall, dass die Parteien nachträglich feststellen, dass die Vereinbarung lückenhaft ist.

Für den Rhein-Erft Kreis

Für den Rhein-Kreis Neuss

Bergheim, den _____

Neuss/Grevenbroich, den _____

Michael Kreuzberg

Landrat

Hans-Jürgen Petrauschke

Landrat